

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

18. Sitzung des Schul- und Sportausschusses (Wahlperiode 2018-2023)

Sitzungstermin:	Mittwoch, 19.05.2021
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	17:52 Uhr
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
André Kleyer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzender	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Jörg Haltermann - SPD	
Dagmar Hildebrand - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	
Claudia Treumann-Greif - CDU	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Hauke Wegner - CDU	
Helmut Nölck - Die Unabhängigen	
Georg Schopenhauer - SPD	
Sonja Schroeter - AfD	
Stellvertreter	
Holger Bull - SPD	Vertretung für: Frau Gülcan Kara
Daniel Kerlin - FDP	Vertretung für: Herrn Thomas Rathcke Fraktionsvorsitzender
Dalila Mecker - DIE LINKE	Vertretung für: Frau Katjana Zunft Fraktionsvorsitzende
Alexander Schacht - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau 2. Stellvertr. Stadtpräsidentin Silke Mählenhoff
Katja Mentz - FREIE WÄHLER & GAL	Vertretung für: Frau Kristina Aberle
Sandra Wolf - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Herrn Andreas Schulze
Verwaltung	
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Aiko Wagner - FBC 4	
Arnd Babendererde - Gebäudemanagement HL (5.651)	
Björn Hoppe - 4.525 Lübecker Schwimmbäder	

Sonja Rieper - 4.401 Schule und Sport	
Tobias Stahl - 4.401 Schule und Sport	
Protokollführung	
Dennis Meier - 4.401 Schule und Sport	
Sonstige Personen	
Stefan Beeg - Schulamt Hansestadt Lübeck	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
2. Stellvertr. Stadtpräsidentin Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
Jörn Puhle - SPD	entschuldigt
Thomas Rathcke - FDP Fraktionsvorsitzender	entschuldigt
Katjana Zunft - DIE LINKE Fraktionsvorsitzende	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Kristina Aberle - FREIE WÄHLER & GAL	entschuldigt
Gülcan Kara - SPD	entschuldigt
Andreas Schulze - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.03.2021	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Mitteilungen der Verwaltung	
3.1.1	Information zur Vorlage vom 10.08.2020 VO/2020/08805 und der Empfehlung aus dem SSpA VO/2020/08805-02 vom 10.12.2020: "Die Verwaltung überprüft die Gründe, warum Kinder nicht am Essen teilnehmen."	
3.1.2	Lübecker Schwimmbäder - Sportbad St. Lorenz und Wiedereröffnung Freibäder	
3.2	Anfragen	
3.2.1	Anfrage von AM Dagmar Hildebrand (CDU): Dachausbau OzD	VO/2021/09862
3.2.2	Anfrage von AM Dagmar Hildebrand (CDU): Sanierung Hansehalle	VO/2021/10032
3.2.3	Anfrage des AM Sonja Schroeter (AfD): Räumliche Ausstattung der Grundschule "Am Koggenweg" sowie zum Stand einer baulichen Erweiterung	VO/2021/10034
3.2.4	Anfrage des AM Sonja Schroeter (AfD): Selbsttestverfahren an Lübecker Schulen	VO/2021/10035
3.2.5	Anfrage des AM Sonja Schroeter (AfD): Jugendschutzmaßnahmen	VO/2021/10044
4	Berichte	
4.1	Bildungsbericht hier: Schulstatistik der berufsbildenden Schulen der Hansestadt Lübeck 2020/2021	VO/2021/09723
4.2	VO/2021/09986 Pädagogische Schul-IT - Jahresbericht 2020	
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Projektfreigabe zur Umsetzung der Modernisierung und	VO/2021/09873

	Neuausstattung von zwei naturwissenschaftlichen Unterrichtsräumen im Johanneum über 175.000 Euro	
5.2	VO/2021/09984 Standardisierung und Zentralisierung der Beschaffung von pädagogischer Schul-IT	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Antrag des AM Ute Rudloff (Die Unabhängigen): Corona-Sondersommerferienprogramm - Angebote für Kinder und Jugendliche erweitern	VO/2021/10020
8	Verschiedenes	
8.1	Radweg Mecklenburger Straße (Schlutup)	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende eröffnet die 18. Sitzung des Schul- und Sportausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Vorsitzende begrüßt ebenfalls Herrn Beeg als neuen Schulrat und gibt ihm die Gelegenheit sich kurz vorzustellen.

Es sind keine zu verpflichtenden Ausschussmitglieder anwesend.

Anschließend erläutert der Vorsitzende den Ablauf der Sitzung.

Die TOPs 4.1. und 5.1. waren bereits im Hauptausschuss und sind lediglich eine Information für den Ausschuss.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Tagesordnung um die Nachtrags-TOPs 4.2. VO/2021/09986 Pädagogische Schul-IT - Jahresbericht 2020 sowie 5.2. VO/2021/09984 Standardisierung und Zentralisierung der Beschaffung von pädagogischer Schul-IT zu erweitern.

Anschließend lässt der Vorsitzende über die Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit um die Nachtrags-TOPs 4.2. VO/2021/09986 Pädagogische Schul-IT - Jahresbericht 2020 sowie 5.2. VO/2021/09984 Standardisierung und Zentralisierung der Beschaffung von pädagogischer Schul-IT abstimmen.

Der Ausschuss beschließt unter Bejahung der Dringlichkeit einstimmig, die Tagesordnung um die Nachtrags-TOPs 4.2. und 5.2. zu erweitern.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagenerforderlich ist. Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOPs einzeln abstimmen: Der Ausschuss stimmt jeweils einstimmig der nichtöffentlichen Beratung der TOPs 10.1., 10.2., 13.1. und 13.2. zu.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen.

Damit ist die Tagesordnung einschließlich des beschlossenen Nachtrags-TOPs 4.2. und 5.2. unter Bejahung der Dringlichkeit einstimmig festgestellt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.03.2021

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 **Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

zu 3.1 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 3.1.1 **Information zur Vorlage vom 10.08.2020 VO/2020/08805 und der Empfehlung aus dem SSpA VO/2020/08805-02 vom 10.12.2020:**

"Die Verwaltung überprüft die Gründe, warum Kinder nicht am Essen teilnehmen."

Als Grundlage nennt Frau Rieper die Abfrage aus dem Schuljahr 2019/ 2020. Aus der geht hervor, dass 92 % der Kinder, die in der Ganztagsbetreuung sind, am Mittagessen teilnehmen und nur 8 % gar nicht am Mittagessen teilnehmen.

Laut einer aktuellen Abfrage bei den Trägern sind die Gründe, warum Kinder nicht am Essen teilnehmen, folgende;

- Elternwunsch: Familien essen zu einem späteren Zeitpunkt gemeinsam (Hauptrückmeldung)
- Es gibt sogenannte Brotdosen- oder Kaltesser (aus versch. Gründe: u.a. vielfältige Allergien)
- Den Kindern schmeckt das Essen einfach nicht → Brotdosen- oder Kaltesser
- Essen ist zu teuer (4,20 Euro für diejenigen, die nicht vom Bildungsfond gefördert werden; nur eine Rückmeldung)

Frau Rieper erklärt abschließend, dass die Träger grundsätzlich darauf hinarbeiten, dass am Mittagessen teilgenommen wird, damit die Kinder zwischen morgens 8:00 Uhr bis nachmittags 16:00 Uhr auch eine warme Mahlzeit zu sich nehmen.

Eine Nachfrage von Frau Mentz beantwortet Frau Rieper.

zu 3.1.2 **Lübecker Schwimmbäder - Sportbad St. Lorenz und Wiedereröffnung Freibäder**

Herr Hoppe berichtet, dass die beiden Freibäder Moisling und Schlutup am 13.05.2021 in Betrieb genommen werden konnten. Öffnungszeiten sind bis zum 06.06.2021 entsprechend der Gültigkeit der aktuellen Landesverordnung von Montag bis Sonntag von 13 bis 20 Uhr.

Herr Hoppe berichtet des Weiteren, dass derzeit die Freibäder nur zum Bahnen schwimmen genutzt werden dürften – allerdings von Öffentlichkeit, Vereinen und Schulen. Die Hallenbäder und Flussfreibäder würden weiterhin geschlossen bleiben.

Zum Sportbadplus berichtet Herr Hoppe, dass man sich nun in Leistungsphase 2 der Kernsanierung befinden würde. Man sei noch im Zeitplan, habe aber auch mit diversen Schwierigkeiten umzugehen, wie beispielsweise Asbestbefall oder der Grundwasserproblematik.

Abschließend erklärt Herr Hoppe, dass man Leistungsphase 3 im August abschließen wollen würde.

Frau Hildebrand fragt nach, ob es die Möglichkeit gäbe, die Schwimmkapazitäten beispielsweise in den Flussfreibädern vor allem für Kinder mit Schwimmdefiziten, zu erhöhen.

Auch der Vorsitzende hakt hier ein und wünscht sich ein Nachholen des ausgefallenen Schwimmunterrichts, um allen Nicht-Schwimmer:innen oder Schwimmer:innen mit Defiziten schnellstmöglich Unterricht anzubieten.

Laut Herrn Hoppe ist grundsätzlich das Anbieten von Schwimmunterricht auch in den Flussfreibädern möglich und wurde auch schon vor Corona praktiziert. Ein Nachholen der Kurse würde schwierig sein, da ohnehin bereits jeder Kurs der möglich ist, auch angeboten werden würde. Überlegungen zusätzliche Kurse beispielsweise am Wochenende zu ermöglichen, würden aber weiterhin verfolgt werden.

Frau Frank ergänzt an dieser Stelle, dass das Anbieten von zusätzlichen Kursen schwer umsetzbar sei, wenn man nicht die Wasserkapazitäten erhöhen könne oder man auf Grund der Corona-Landesverordnung auch noch auf die Gruppenstärke zu achten habe.

Frau Hildebrandt bekräftigt noch einmal ihre Aussage zu Beginn des TOPs, dass es ihr nicht um die klassischen Kursangebote gehen würde, sondern es am wichtigsten sei, dass Kindern beigebracht werden würde, sich im Ernstfall über Wasser halten zu können, also zumindest eine Wassergewöhnung anzubieten.

Herr Hoppe erläutert, dass eine reine Wassergewöhnung nicht ausreichen würde, sondern schon das Schwimmbzeichen Bronze verfolgt werden sollte, denn hier ginge es genau darum, sich in einer unvorhergesehenen Situation im Wasser orientieren zu können und zumindest wieder an den Beckenrand schwimmen zu können.

Eine Frage von Frau Schroeter, ob nicht ähnliche Probleme bei der Schließung des Sportbads im nächsten Jahr im Rahmen der Sanierungsarbeiten aufkommen würden, beantwortet Herr Hoppe abschließend und erklärt, dass dies zwar bedacht werden würde, jedoch ein Ausfall des Sportbads nicht in gleicher Stärke kompensiert werden könnte.

zu 3.2 Anfragen

zu 3.2.1 Anfrage von AM Dagmar Hildebrand (CDU): Dachausbau OzD Vorlage: VO/2021/09862

Herr Babendererde berichtet kurz zum aktuellen Stand und verspricht die schriftliche Beantwortung zur nächsten Sitzung.

Frau Hildebrand erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass ein Dachausbau der OzD unabhängig vom Karstadt-Mixed-Use-Konzept verfolgt werden sollte, da die Umsetzung des Karstadt-Mixed-Use-Konzepts auch noch einige Zeit in Anspruch nehmen würde. Dem pflichten der Vorsitzende und Herr Nölck bei.

Frau Frank macht noch einmal deutlich, dass es eine Gesamtbetrachtung geben wird, die sowohl die Möglichkeiten des Karstadt-Mixed-Use-Konzepts als auch die des Dachausbaus an der OzD miteinschließt. Hierzu gibt es einen sehr strengen Zeitplan sowie diverse Abstimmgespräche mit den Schulen selbst.

Beschluss:

Bei der Investitionsmaßnahme 111029550 „OzD Grundinstandsetzung und Dachausbau“ sind für das Haushaltsjahr 400TE€ an Mitteln eingestellt.

Meine Fragen:

1. Wie weit sind die Planungen zur Realisierung der Maßnahme fortgeschritten?
2. Ist in diesem Jahr noch mit einem Baubeginn zu rechnen?
3. Wann ist mit dem Abschluss der Maßnahme zu rechnen?

Die Beantwortung der Fragen kann zum Protokoll erfolgen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.2.2 Anfrage von AM Dagmar Hildebrand (CDU): Sanierung Hansehalle
Vorlage: VO/2021/10032**

Auch hier berichtet Herr Babendererde kurz und sichert eine schriftliche Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

Beschluss:

Die Hansehalle wird seit dem Sommer 2020 für 2,5 Mio Euro saniert.

Hierzu bitte ich die Verwaltung, folgende Fragen schriftlich zu beantworten:

1. Welche Maßnahmen sind bereits umgesetzt und abgeschlossen?
2. Welche Maßnahmen werden zurzeit umgesetzt?
3. Wie ist der Zeitplan bis zur Fertigstellung der beschlossenen Maßnahmen?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.2.3 Anfrage des AM Sonja Schroeter (AfD): Räumliche Ausstattung der Grundschule "Am Koggenweg" sowie zum Stand einer baulichen Erweiterung
Vorlage: VO/2021/10034**

Herr Babendererde berichtet und sichert eine schriftliche Beantwortung zur nächsten Ausschusssitzung zu.

Fragen von Frau Mentz und Frau Schroeter beantwortet Herr Babendererde und wird von Frau Frank ergänzt.

Frau Hildebrand, Frau Schroeter und Herr Kerlin sprechen dazu und die daraus resultierenden Fragen beantwortet Herr Babendererde.

Beschluss:

1. Welcher zusätzliche Raumbedarf besteht für die Grundschule „Am Koggenweg“ im schulischen Bereich sowie im Bereich der Ganztagsbetreuung? Mit welchen Maßnahmen wurde bei bestehendem zusätzlichem Raumbedarf bislang für Abhilfe gesorgt und welche weiteren kurzfristigen Ausstattungsmaßnahmen (mit Angabe des Umsetzungstermins) sind angedacht?

2. Wie stellt sich der aktuelle Planungsstand zur Erweiterung des Schulgebäudes wie in der Schulstatistik der allgemeinbildenden Schulen der Hansestadt Lübeck Schuljahr 2020/21 angeführt konkret dar?

3. Welche Maßnahmen sind nach aktuellem Planungsstand wann konkret umzusetzen?

4. Welche Haushaltsmittel sind für eine Planung der Erweiterung und für anderweitige Ausstattungsmaßnahmen im Haushalt der Hansestadt Lübeck 2021 eingestellt? Welche Haushaltsmittel beabsichtigt der zuständige Fachbereich für die Planung und Umsetzung von Erweiterungs- und Ausstattungsmaßnahmen im Haushaltsaufstellungsverfahren 2022 für die Haushaltsjahre 2022ff anzumelden?

5. Ergeben sich aufgrund der Ausweisung von Bauflächen in den Stadtteilen St. Lorenz-Süd, Buntekuh und Moisling erweiterte Raumbedarfe? Wenn ja, wird um konkrete Benennung des Umfangs des zu erwartenden zusätzlichen Raumbedarfs nach aktuellem Stand gebeten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.2.4 Anfrage des AM Sonja Schroeter (AfD): Selbsttestverfahren an Lübecker Schulen
Vorlage: VO/2021/10035

Der Vorsitzende erläutert, dass die Zuständigkeit für die Beantwortung der Anfrage beim Land liegen würde.

Dazu sprechen Frau Schroeter, Frau Frank, Frau Hildebrand und abschließend Herrn Haltermann.

Der Vorsitzende fasst zusammen und erklärt, dass die Anfrage bei der Landesregierung erneut gestellt werden müsste.

Beschluss:

Zur Wiederaufnahme und Aufrechterhaltung des Präsenz-/Wechselunterrichts nach den Osterferien für die Zeit ab dem 19. April ist eine zweimal wöchentliche Selbsttestung für Schülerinnen und Schüler sowie für alle in Schulen Beschäftigten verpflichtend vorgesehen. Die Testpflicht für Schülerinnen und Schüler bedeutet, dass eine Unterrichtsteilnahme eine negative Testbescheinigung bzw. qualifizierte Selbstauskunft über einen im häuslichen Umfeld durchgeführten Selbsttest voraussetzt. Schülerinnen und Schüler, die der Testpflicht nicht nachkommen, dürfen nicht am Präsenzunterricht teilnehmen.

Für Schülerinnen und Schüler, die sich derzeit in den Abschlussprüfungen befinden, und für Kinder und Jugendliche mit festgestelltem sonderpädagogischem Förderbedarf, die auf Grund einer schwerwiegenden körperlichen oder psychischen Beeinträchtigung nicht in der Lage sind, den Selbsttest eigenständig in Schule durchzuführen, sind Ausnahmeregelungen vorgesehen.

Die Verpflichtung zu regelmäßigen Selbsttests ergibt sich aus der Schulencorona-Verordnung SH, die ab dem 19.04.2021 gelten wird. Die Regelungen entsprechen im Übrigen den von der Bundesregierung eingebrachten Änderungen des Infektionsschutzgesetzes. Wegen weiterer Einzelheiten wird auf ein Schreiben (Elternbrief) des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Schleswig-Holstein zum Testverfahren vom 13.04.2021 Bezug genommen.

Mit Schreiben vom 17.03.2021 hatte das Ministerium Schulleiterinnen und Schulleiter über das Verfahren freiwilliger Testangebote an Schulen informiert und u.a. Regelungen zum Testverfahren, zur Interpretation der Testergebnisse und zum Umgang mit einem positiven Testergebnis getroffen. Es wird darauf hingewiesen, dass ein positives Ergebnis eines Selbsttests ist noch kein positiver Befund einer COVID-19-Erkrankung ist. Es erfolgt die Festlegung, dass dies schulintern als Verdachtsfall eingestuft wird. Die betroffene Person muss in diesem Fall unverzüglich und in altersgerechter Weise unter Einhaltung der allgemeinen Infektionsschutz- und Hygienemaßnahmen 'isoliert' werden. Es liegen Informationen vor, wonach an einzelnen Lübecker Schulen freiwillige Selbsttests vor den Osterferien nur unter Beaufsichtigung durch die Eltern in der Schule durchgeführt werden konnten.

Aus einem Artikel der Lübecker Nachrichten vom 27.04.2021 geht hervor, dass einzelne Schulleitungen darauf aufmerksam gemacht haben, dass pro Test ein bis zwei Stunden Fachunterricht entfallen.

Fragen dazu:

1. Ist an allen Lübecker Schulen die Möglichkeit einer Durchführung verpflichtender, regelmäßiger 'Selbsttests' unter Aufsicht im erforderlichen Umfang gegeben?
2. Ist speziell im Primarbereich ein Austausch zwischen den Schulen über optimale Testabläufe, die sich insbesondere im Hinblick auf eine kindgerechte Umsetzung und möglichst geringe Unterrichtsausfallzeiten bewährt haben, erfolgt und wird dieser Austausch gefördert?
3. Wie setzen Lübecker Schulen die Vorgaben zur unverzüglichen Isolation von Kindern und Jugendlichen im Falle eines positiven Testergebnisses um? Durch welche Maßnahmen wird speziell im Primarbereich eine kindgerechte Umsetzung gewährleistet?
4. Werden zur Beaufsichtigung des Testablaufs ehrenamtlich tätige Personen eingesetzt? Aus welchem Personenkreis stammen ehrenamtlich eingesetzte Aufsichtspersonen (z.B. Personal aus der Ganztagsbetreuung, Eltern und Familienangehörige oder Dritte)? Ist sichergestellt, dass die persönlichen Daten und Testergebnisse streng vertraulich behandelt werden und die Testsituation kind-/altersgerecht begleitet wird?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.2.5 Anfrage des AM Sonja Schroeter (AfD): Jugendschutzmaßnahmen
Vorlage: VO/2021/10044**

Laut Frau Schroeter war die Anfrage für den gemeinsamen Ausschuss mit dem Jugendhilfeausschuss geplant gewesen und wird daher auf die gemeinsame Ausschusssitzung im August vertagt.

Beschluss:

Laut Kriminalstatistik 2020 der Polizeidirektion Lübeck, veröffentlicht am 23.03.2021 (<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/43738/4871498>), wurden im Jahr 2020 20.942 Straftaten im Rahmen der Polizeilichen Kriminalstatistik registriert.

Bereits im Jahr 2019 wurde mit 21.768 bekannt gewordenen Straftaten ein historischer Tiefstand erreicht. Die Gesamtanzahl der Taten hat sich nun erneut um 803 Taten (entspricht 3,71%) reduziert.

Auch im Bereich der Gewaltkriminalität ist ein deutlicher Rückgang um 11,46% im Vergleich zum Vorjahr festzustellen.

Jedoch ist der Kriminalstatistik auch zu entnehmen, dass im Jahr 2020 im Bereich der Sexualdelikte eine Zunahme um 13,25% verzeichnet wurde. Dabei verteilen sich die Zuwachsraten weitgehend über das gesamte Deliktsfeld.

Für das Stadtgebiet Lübeck wurde demzufolge im Vergleich zum Vorjahr 2019 mit 29 Fällen eine Zunahme von Fällen sexuellen Missbrauchs von Kindern um 24,14 % (7 Fälle) registriert (in 2020 36 bekannt gewordenen Fälle).

Im Vergleich dazu wurde im Kreis Ostholstein bei einer leichten Zunahme von Sexualstraftaten um 1,68 % (von 179 auf 182) eine rückläufige Entwicklung bei Sexualdelikten gegen Kinder (Rückgang in 2020 um 16,67 % von 42 Fällen in 2019 auf 35 Fälle in 2020) verzeichnet.

Bei der Zahl der Sexualdelikte im Land Schleswig-Holstein ist in 2020 eine Zunahme um 10,7 % festzustellen (Zuwachs im Bereich sexuellen Missbrauchs von Kindern um 15,8 %).

Die Entwicklung des Deliktfelds weist in Lübeck demnach eine vergleichsweise hohe Zuwachsrate aus.

Auch bei anderen Straftaten, von denen Kinder und Jugendliche unmittelbar oder mittelbar betroffen sind, waren in 2020 Zunahmen festzustellen.

Das Innenministerium geht aufgrund der Kriminalstatistik 2020, veröffentlicht am 18.03.2021, von einem starken Anstieg häuslicher Gewalt aus (<https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Registrierte-Straftaten-in-SH-auf-niedrigstem-Stand-seit-1977,kriminalitaet440.html>).

Die Polizeibehörden nehmen dabei neben den offiziellen Zahlen ein hohes Dunkelfeld an.

Fragen dazu:

1. Ergibt sich aus der dargestellten Entwicklung von Straftaten gegen Kinder und Jugendliche ein erweiterter Handlungsbedarf allgemein und speziell im Bereich Kindertagesbetreuung und Schule?

2. Welche (Präventiv-) Maßnahmen werden für erforderlich erachtet? Welche (erweiterten) Maßnahmen sind bereits getroffen worden?

3. Können alle betroffenen Kinder oder Jugendlichen und die Familien bzw. Sorgeberechtigten durch das Jugendamt und durch die ggf. eingebundenen Kindertagesstätten und Schulen oder weiteren Stellen betreut werden? Welcher zusätzliche Unterstützungsbedarf ergibt sich im Einzelnen und durch welche Maßnahmen kann dieser gedeckt werden?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Bildungsbericht hier: Schulstatistik der berufsbildenden Schulen der Hansestadt Lübeck 2020/2021
Vorlage: VO/2021/09723**

Herr Schopenhauer hat eine Nachfrage zu Seite 30. Hier würde er gerne wissen, was neben den Schüler:innen mit Abgangs- oder Abschlusszeugnis mit den nicht aufgeführten Schülern passiert sei.

Herr Haltermann weist auf die grundsätzlich mangelnde Schülerverbleibsstatisik in Schleswig-Holstein hin.

Frau Mentz fragt nach der Berufsschulpflicht im DAZ-Bereich und außerdem, ob Wiederholungen für DAZ-Schüler:innen möglich seien. Auch würde Frau Mentz gerne wissen, wie sich die Corona-Krise auf Schulabgänger:innen auswirken würde.

Frau Schroeder fragt zu Seite 11 letzter Absatz nach, ob im Sprachbereich auch in Richtung sinnentnehmendes Lesen gefördert werden würde.

Dazu spricht Frau Hildebrand.

Frau Rieper sagt Herrn Schopenhauer, Frau Mentz und Frau Schroeter die Beantwortung Ihrer Fragen zum nächsten Ausschuss zu.

Beschluss:

Berichterstattung über die jährliche Fortschreibung der aktuellen Schüler:innenzahlen der berufsbildenden Schulen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.2 VO/2021/09986 Pädagogische Schul-IT - Jahresbericht 2020
--

Keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Projektfreigabe zur Umsetzung der Modernisierung und Neuausstattung von zwei naturwissenschaftlichen Unterrichtsräumen im Johanneum über 175.000 Euro
Vorlage: VO/2021/09873

Beschluss:

Die Freigabe des Projektes zur Umsetzung der Modernisierung und Neuausstattung der zwei naturwissenschaftlichen Fachräume im Johanneum wird erteilt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.2 VO/2021/09984 Standardisierung und Zentralisierung der Beschaffung von pädagogischer Schul-IT

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft nimmt das als Anlage beigefügte Kompendium für eine lernförderliche IT-Infrastruktur für die Schulen in der Trägerschaft der Hansestadt Lübeck zur Kenntnis.

2. Der Bürgermeister wird in Umsetzung des Kompendiums ermächtigt, die TraveKom im Rahmen des bestehenden Rahmenvertrages mit der zentralen Beschaffung für die standardisierte IT-Infrastruktur an Lübecker allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen zu beauftragen und das Kompendium an die aktuellen Entwicklungen und technischen Gegebenheiten anzupassen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 Antrag des AM Ute Rudloff (Die Unabhängigen): Corona-Sondersommerferienprogramm - Angebote für Kinder und Jugendliche erweitern
Vorlage: VO/2021/10020**

Herr Nölck führt in das Thema ein. Er sieht das Sommerferienprogramm als bereits sehr gut aufgestellt an, bedankt sich dafür beim Jugendring und der Stadtverwaltung, sieht aber auch noch Verbesserungspotentiale, die er gerne ausweiten möchte.

Herr Haltermann verweist noch einmal auf die Ablehnung des Antrags im Hauptausschuss und nennt Gründe, warum er sich dieser Meinung anschließen würde. Aus seiner Sicht werden bereits ausreichend Mittel des Landes abgerufen und ebenfalls ausreichend Angebote bereitgestellt. Außerdem sind diese Fördermittel sogar über die Sommerferien hinausgedacht. Aus Herrn Haltermanns Sicht ist ein Abrufen von kommunalen Fördermitteln nicht notwendig.

Dem pflichtet Frau Hildebrand stellvertretend für die CDU-Fraktion bei.

Frau Frank führt dies weiter aus und erklärt, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit von Schulsozialarbeit und Jugendhilfe weiterhin dabei ist, sich optimal zu abzustimmen, um zu gegebenen Zeitpunkt ein Konzept vorlegen zu können. Des Weiteren sieht Frau Frank eine Problematik eher bei der Bereitstellung von Personal, da bedingt durch Corona die Gruppengrößen kleiner sind und somit mehr Personalbedarf vorhanden sei.

Dazu sprechen Frau Schroeter, Frau Mentz, Frau Mecker, Frau Wolf, Frau Rieper und erneut Herr Haltermann, Frau Hildebrand und Frau Frank.

Einhellige Meinung ist, dass die Schwierigkeiten neben der Personalakquise noch beim Zugang zu, bzw. der Motivation der Kinder zur Teilnahme an den Sommerferienangeboten liegen und dass man hier noch nachbessern kann.

Auch Herr Beeg kündigt an, dass das Thema bei der Schulleiterdienstversammlung für die allgemeinbildenden Schulen in der 21. Kalenderwoche auf der Tagesordnung sei und auch da noch einmal Werbung gemacht werden soll, da die Schulen eine wichtige Schnittstelle seien, hier zu vermitteln und Kontakte herzustellen.

In Folge der genannten Gründe, die für die bisher bereits getätigte Arbeit rund um die Planungen des Sommerferienprogramms sowie der Fördermittelabrufung und –nutzung genannt worden sind, erklärt Herr Nölck, dass er den Antrag zurückzieht.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die Angebote für Kinder und Jugendliche in den Sommerferien 2021 deutlich erweitert werden. Dazu ist über den allgemeinen Finanzansatz ein zusätzlicher finanzieller Rahmen bis zu 50.000 Euro aus dem Haushaltprodukt für Corona-Sondermaßnahmen bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 8.1 Radweg Mecklenburger Straße (Schlutup)

Der Vorsitzende fragt nach, ob in der Mecklenburger Straße in Schlutup geplant sei, den bestehenden Radweg auf die Fahrbahn umzulegen. Er weist darauf hin, dass dies die Kinder der Kita sowie die Schüler:innen der Willy-Brandt-Schule betreffen würde.

Dem Protokoll ist von der Verwaltungsseite folgende Anmerkung im Nachhinein hinzugefügt worden:

Nach Auskunft des Fachbereichs 5 gäbe es Planungen zur Straßen- und Wegeführung. Die Willy-Brandt-Schule sei an diesem Verfahren beteiligt. Ergebnisse würden noch keine feststehen.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 17:45 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 17:47 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit teilt der Vorsitzende mit, dass im nichtöffentlichen Teil zwei Beschlüsse gefasst worden seien.

Der Schul- und Sportausschuss stimme der Übernahme von Projektsteuerungskosten im Rahmen des Baus eines "Haus des Sports" an der Falkenwiese zu.

Der Schul- und Sportausschuss stimme der Projektfreigabe des Investitionsprogramms zum Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder über 175.000,00 Euro und der Freigabe zur Ausschreibung der geplanten Ganztagsmaßnahmen zu.

Daraufhin schließt der Vorsitzende um 17:52 Uhr die Sitzung.

Lübeck, den 6. September 2021

Andre Kleyer
Vorsitzende/r

Dennis Meier
Protokollführung